

Eltviller Nachrichten

Amtsblatt der  Stadt Eltville

Erscheint wöchentlich zweimal, Mittwochs u. Samstags.
Bezugspreis 1.20 Mk. für das Vierteljahr frei ins Haus.
Durch die Post 1.—Mk. ohne Postgebühren.

Fernsprecher Nr. 216.

Postcheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 4530.

Anzeigenpreis:

die 1spaltige Petitzeile 15 Pfg., bei Wiederholungen
wird entsprechender Rabatt gewährt.

Nachweislich größte Abonnentenzahl aller Zeitungen in der Stadt Eltville.

Druck und Verlag von B. Fabisz Wwe., Eltville a. Rh., Gutenbergstraße 12.

Nr. 48

Eltville a. Rh., Samstag, den 14. Juni

1919.

Ämtlicher Teil.

Bekanntmachung

betr. die Aufstellung von Vermögensverzeichnissen nach dem Stande vom 31. Dezember 1918.

Zur Aufstellung sind verpflichtet:

1. Angehörige des Deutschen Reiches, mit Ausnahme derjenigen, die bereits vor dem 1. Januar 1914 ihren inländischen Wohnsitz aufgegeben haben und sich seit dieser Zeit dauernd im Ausland aufhalten;
2. ehemalige Angehörige des Deutschen Reiches, die ihre inländische Staatsangehörigkeit erst nach dem 1. August 1914 verloren und ihren inländischen Wohnsitz oder Aufenthalt erst nach dem 31. Dezember 1913 aufgegeben haben;
3. Ausländer, welche im Deutschen Reiche einen Wohnsitz oder in Ermangelung eines Wohnsitzes ihren dauernden Aufenthalt haben, ausgenommen die Angehörigen der Alliierten Mächte;
4. alle sonstigen Personen, ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz oder Aufenthalt, welche in Deutschland belegenes Grund- oder Betriebsvermögen besitzen.

Steuerpflichtige mit Vermögen unter 10 000 M. werden von der Aufstellung befreit.

Die Verzeichnisse sind bis auf Weiteres nicht einzureichen; sie sind vielmehr von den Verpflichteten aufzubewahren, bis später auf Grund noch zu erlassender Gesetze die Einreichung gefordert wird.

Die Ausgabe der Formulare findet im hiesigen Rathaus, Zimmer Nr. 10, in den Dienststunden von 9—12 Uhr vormittags statt.

Eltville, den 11. Juni 1919.

Der Magistrat.

Steuerverwaltung.

Bekanntmachung.

Nach § 14 der Regierungspolizeiverordnung vom 12. März 1913 und den Vorschriften der Hausstätten Verordnung vom 14. Dezember 1893 haben am Fronleichnamsfest und am Karfreitag alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten auf dem Felde und in den Straßen zu unterbleiben. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Eltville, den 13. Juni 1919.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Am Dienstag, den 17. d. Mts., nachmittags von 2 $\frac{1}{2}$ Uhr ab, werden auf dem Rathaus hier, Zimmer 8, die Fleischkarten für die folgenden 4 Wochen ausgegeben wie folgt:

Um 2 $\frac{1}{2}$ Uhr die Nummern	1—80
" 2 $\frac{3}{4}$ " " " "	81—160
" 3 " " " "	161—240
" 3 $\frac{1}{4}$ " " " "	241—320
" 3 $\frac{1}{2}$ " " " "	321—400
" 3 $\frac{3}{4}$ " " " "	401—480
" 4 " " " "	481—560
" 4 $\frac{1}{4}$ " " " "	561—640
" 4 $\frac{1}{2}$ " " " "	641—720
" 4 $\frac{3}{4}$ " " " "	721—800
" 5 " " " "	801—880
" 5 $\frac{1}{4}$ " " " "	881—960
" 5 $\frac{1}{2}$ " " " "	961—1040
" 5 $\frac{3}{4}$ " " " "	1041—1094

Die Zeit ist genau inne zu halten. Die Fleischkarten müssen unbedingt am Dienstag abgeholt werden, da eine spätere Ausgabe nicht stattfindet.

Die Haushaltungskarte ist mitzubringen und vorzulegen.

Eltville, den 13. Juni 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In Niederwalluf wird eine gewerbliche Fortbildungsschule eingerichtet, der die gewerblichen Arbeiter und Lehrlinge aus Ober- und Niederwalluf zugeteilt werden. Die Schule wird nach den Pfingstferien, Montag, den 16. Juni d. Js., eröffnet. Durch die Errichtung dieser Schule verringert sich die Schülerzahl der gewerblichen Fortbildungsschule Eltville, sodaß eine Verminderung der Klassenzahl eintritt. Die Unterrichtszeit ändert sich infolgedessen und wird wie folgt festgesetzt:

1. Unterstufe der Handwerker und ungelernten Arbeiter (1. Lehrjahr):
Mittwoch von 2—4 Uhr Zeichnen,
Samstag von 2—6 Uhr Sachunterricht.
2. Mittel- und Oberstufe aller Metallarbeiter:
Freitag von 2—8 Uhr.
3. Mittel- und Oberstufe für alle übrigen Handwerkslehrlinge und ungelernten Arbeiter:
Dienstag von 1 $\frac{1}{2}$ —3 $\frac{1}{4}$ Uhr Zeichnen,
von 3 $\frac{1}{4}$ —7 $\frac{1}{2}$ Uhr Sachunterricht.
4. Unter-, Mittel- und Oberstufe kaufmännische Klasse:
Donnerstag von 2—8 Uhr.

Eltville, den 13. Juni 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Wir machen auf die Verordnung des Kreisausschusses Rüdesheim aufmerksam, wonach der Erzeuger- und Kleinhandels Höchstpreis für den Liter Vollmilch von 52 Pfg. auf 70 Pfg. pro Liter erhöht worden ist.

Eltville, den 13. Juni 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Bei den Milchhändlern ist noch Büchsenmilch für Kinder von 1—6 Jahren zu haben.

Die Dose kostet Mk. 2,90.

Bezugscheine können auf dem Rathaus, Zimmer 8, vormittags von 9—12 Uhr in Empfang genommen werden.

Milchselbstversorger sind ausgeschlossen.

Eltville, den 13. Juni 1919.

Städtische Warenstelle.

Bekanntmachung.

In den Geschäften von Buchthal und Wägelhan, wird, solange Vorrat reicht, an Kranke Reis ausgegeben.

Bezugsberechtigt sind diejenigen Kranken, welche laut Bescheinigung der ärztlichen Prüfungsstelle zu Rüdesheim Lebensmittelzulagen erhalten.

Bezugscheine zum Empfang des Reises werden am Montag, den 16. Juni d. Js., auf Zimmer 8, im Rathause ausgegeben. Die Scheine sind vom Verkäufer bis zum Mittwoch, den 18. Juni, an die Warenstelle abzugeben.

Auf die Person entfallen 250 Gramm.

Die 250 Gramm kosten 1,00 Mk.

Eltville, den 13. Juni 1919.

Städtische Warenstelle.

Stadtoverordneten-Sitzung

(Ämtlicher Bericht).

Eltville, 12. Juni.

In der Sitzung der Stadtoverordnetenversammlung am 11. Juni 1919 waren anwesend unter dem Vorsitz des Herrn Stadtoverordneten-Vorstehers Josef Abt die Herren Stadtoverordneten: Rik. Dommermuth, Peter Fleischner II., Jakob Fischer, Dr. Kornbüsch, Peter Kopp, Josef Kogler, Georg Jos. Kremer, Math. Krebs, Dr. Mercken, Kaspar Nau und Heinrich Simon. — Es fehlte Herr Wilh. Offenstein. — Der Magistrat war vertreten durch Herrn Bürgermeister Dr. Reutner. — Schriftführer war Herr Stadtschreiber Klatte.

1. Bewilligung eines außerordentlichen Ausschusses für die Lateinschule für 1918.

Für den Finanzausschuss berichtet Herr

Dr. Kornbusch: Die Lateinschule habe einen Fehlbetrag von 8127,98 Mk. Davon entfielen auf das Rechnungsjahr 1917 rund 3200 Mk.; auf 1918 rund 4900 Mk., die durch Gewährung von Teuerungszulagen, zum Teil für das Jahr 1917, in Höhe von 3000 Mk. und durch die Anstellung einer weiteren Lehrkraft in Höhe von 1800 Mk. entstanden seien. Der Finanzausschuß schlage vor, den Fehlbetrag dadurch zu decken, daß 3000 Mk. aus der Rücklage der Schule entnommen würden, die restlichen 5127 Mk. aus der Stadtkasse.

Damit künftig nicht mehr derartig hohe Beträge von einer schon länger verstrichenen Zeit zur Deckung vorgelegt würden, schlage der Ausschuß vor, daß die Lateinschule und alle nicht städtischen Schulen, die städtische Zuschüsse erhielten, künftig vierteljährlich dem Finanzausschuß eine Uebersicht einreichen über die Ausgaben des letzten Vierteljahres. Es könne dann künftig sofort für etwaige Deckung gesorgt werden. Die Berechtigung zu einer solchen Kontrolle ergebe sich bei der Lateinschule daraus, daß außer der Stadt niemand der Schule einen Zuschuß gäbe. Die Schule sei daher innerlich eine „Städtische“, nur formell sei sie eine Privatanstalt; aus Zweckmäßigkeitsgründen vor allem, die er auch gut heiße, da sie als private billiger arbeite. Es sei auch aus Sparmäßigkeitsgründen praktisch, daß die Schule weiter privat bleibe.

Herr Apotheker Simon hat Bedenken, ob durch die vorgeschlagene städtische Kontrolle die Leitung der Lateinschule nicht erschwert werde. Schon jetzt seien in der Verwaltung der Schule wesentliche Störungen vorgekommen. Es seien Sitzungen abgehalten worden, zu denen der Leiter der Lateinschule erst 10 Stunden vorher eingeladen worden sei. Eine andere Sitzung sei abgesagt worden, der Leiter sei aber nicht benachrichtigt worden. Es sei ein tüchtiger Studienassessor gewonnen worden, dieser sei aber nach wenigen Tagen von der Regierung wieder abberufen worden; andere Lehrkräfte seien ohne oder mit zu kurzer Kündigungsfrist entlassen worden; bei Beginn des Schuljahres hätten Bänke und Stäbeler gefehlt. Für diese Mängel habe man schon jetzt den Verantwortlichen nicht finden können. Wenn nun die Stadt die Hand in die Verwaltung lege, gäbe das weitere Verwirrungen und die Stadt übernehme auch die Verantwortung. Herr Dr. Kornbusch erwidert, er teile diese Bedenken nicht. Die Verwaltung wolle die Stadt nicht übernehmen, sie wolle nur eine Kontrolle hinsichtlich der Gelder ausüben. Herr Bürgermeister erklärt, durch die Kontrolle werde der Verwaltungsrat zweifellos in eine gewisse Abhängigkeit von der Stadt gebracht. Es sei aber nichts unbilliges darin, denn wenn jemand Geld von einem anderen haben wolle, so müsse er sich gefallen lassen, dem Geldgeber Aufschluß über seine Finanzen und seine Geldgebarung zu erteilen.

Auch Herr Vorsteher Abt befürwortet die Anträge des Finanzausschusses. Auch er habe keine Bedenken hinsichtlich der neuen Kontrolle. In Kürze käme ein neuer Rektor, auch der Verwaltungsrat der Lateinschule sei jetzt ergänzt, so daß ein sachgemäßes Arbeiten sowohl in schultechnischer, als auch in finanzieller Hinsicht erwartet werden dürfe.

Der Antrag des Magistrats wird daraufhin angenommen.

2. Bewilligung von Mitteln für den Ausbau der Lateinschule.

Für den Finanzausschuß berichtet Herr Vorsteher Abt: Für bauliche Veränderungen des Lateinschulgebäudes würden 8000 Mk. verlangt. Da jedoch in Kürze auch die Bewilligung von Mitteln für bauliche Änderungen der Volksschule zu erwarten sei, empfehle der Ausschuß, die Angelegenheit bis dahin zu vertagen. Herr Nau erklärt, er finde die Summe sehr hoch.

Beim Anlauf des Hauses habe man von einer weit geringeren Summe gesprochen. Der Gegenstand wird hierauf auf Antrag des Finanzausschusses vertagt.

3. Erhöhung des Kredits für den Wirtschaftsausschuß.

Auch dieser Punkt wird auf Vorschlag des Berichterstatters, des Herrn Vorstehers Abt, — für den Finanzausschuß — vertagt, da eine Erhöhung des Kredits nach Auskunft des Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses 3. Jt. nicht erforderlich sei.

4. Bewilligung von Mitteln für den Amtsanwalt.

Für den Finanzausschuß berichtet Herr Dommermuth: Dem früheren Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung entsprechend, wonach der Bürgermeister von dem Amte des Amtsanwalts entbunden werden sollte, beantrage der Magistrat für den neuen Amtsanwalt außer den bisher gezahlten 540 Mk. eine Teuerungszulage von 160 Mk. jährlich zu bewilligen. Abgezogen solle an dieser Summe werden, was der Amtsanwalt aus der Stadtkasse erhalte. Der Magistratsantrag wird darauf angenommen.

5. Wahl eines Amtsanwaltes.

Für den Wahlausschuß berichtet Herr Fleischer: Die Amtsanwaltsstelle sei ausgeschrieben worden und es hätten sich 3 Bewerber gemeldet. Herr Eisenbahnvorsteher a. D. Schloenbach, Herr Dr. Merden und Herr Eduard Salgendorff von hier. Der Herr Erste Staatsanwalt, der die entgeltliche Entscheidung habe, habe gemeint, es möchte eine jüngere Kraft gewählt werden. Der Wahlausschuß schlage daher Herrn Salgendorff vor, der auch die erforderlichen juristischen Vorkenntnisse bereits habe. Herr Salgendorff wird hierauf gewählt.

6. Wahl von Mitgliedern für den Rassenprüfungsausschuß.

Für den Wahlausschuß berichtet Herr Fleischer. Auf seinen Vorschlag hin werden die Herren Lamby und Philipp Schott als stellvertretende Mitglieder des Rassenprüfungsausschusses gewählt.

7. Wahl von Mitgliedern für den Waldausschuß.

Für den Wahlausschuß berichtet Herr Apotheker Simon: Auf seinen Vorschlag hin werden die Herren Peter Fleischer und Wilhelm Trappel zur Ergänzung des Waldausschusses in diesen gewählt.

8. Wahl von Mitgliedern für den Friedhofsausschuß.

Für den Wahlausschuß berichtet Herr Apotheker Simon: Auf seinen Vorschlag hin werden die Herren Mathäus Krebs und Peter Kopp und auf Vorschlag des Herrn Nau hin weiter Herr Ferdinand Leonhard in den Friedhofsausschuß gewählt.

9. Wahl von Mitgliedern für den Wasser- und Lichtausschuß.

Für den Wahlausschuß berichtet Herr Apotheker Simon: Auf seinen Vorschlag hin wird Herr Georg Josef Kremer in den Wasser- und Lichtausschuß gewählt.

10. Auflösung des Armen-, Gesundheits- und Kriegsunterstützungsausschusses.

Für den Organisationsausschuß berichtet Herr Abt: Auf seinen Vorschlag wird dieser Punkt mit Punkt 12, Wahl von Mitgliedern für den Wohlfahrtsausschuß, verbunden. Wie Herr Vorsteher Abt mitteilt, sollten auf Anregung des Herrn Fleischer die drei bisherigen Ausschüsse für soziale Wohlfahrt aufgelöst und an ihre Stelle ein neuer Ausschuß, der Wohlfahrtsausschuß, gebildet werden. Wahrscheinlich werde auch der Waisenrat aufgelöst werden und dessen Geschäfte sollten auch von dem neuen Wohlfahrtsausschuß

übernommen werden. Durch diese Zentralisierung der Geschäfte verspreche man sich eine Vereinfachung des Geschäftsganges und eine bessere Uebersicht über die Gesamtheit der Wohlfahrtsaufgaben. Für den neuen Wohlfahrtsausschuß empfehle der Wahlausschuß folgende Mitglieder: die Herren Fleischer, Paul Frigle, Küfermeister Jean Menges, Pfarrer Schilo, Schlosser Peter Witterstein, Dr. Weigel, Fr. Bug, Frau Klingenberg, deren Wahl erfolgt; ferner wird Herr Pfarrer Weyerling aus Erbach auf Vorschlag des Herrn Dr. Kornbusch in den Ausschuß gewählt. Herr Bürgermeister soll prüfen, ob die Wahl eines Nichtbürgers von Eltville zulässig ist.

Herr Fleischer teilt mit, die Ortskrankenkasse erwäge die Anstellung einer Krankenkassendirektorin und zwar wolle sie eine in der Fürsorge ausgebildete Persönlichkeit einstellen. Falls es dazu komme, biete er, auch die Kassendirektorin in den Ausschuß aufzunehmen. Im übrigen schlage er vor, von seiner Person abzusehen, und an seine Stelle Herrn Nau zu wählen. Herr Nau, der sich speziell als Vertreter der Minderbemittelten vorstelle, habe hier Gelegenheit, die Armen zu machen und die Unglücklichen glücklich. Im übrigen habe Herr Nau kaum Kommissionsamt. Herr Nau lehnt ab: er sei schon in 2 Ausschüssen er werde sonst überbürdet. Herr Vorsteher ist dafür, daß es bei dem Vorschlage des Wahlausschusses verbleibe. Herr Fleischer, der die Krankenkasse musterhaft ausgebaut habe, wolle man jetzt bei der neu zu organisierenden Wohlfahrtspflege nicht vermissen. Die Wahl erfolge darauf entsprechend dem Vorschlage des Wahlausschusses. Herr Fleischer ist somit gewählt.

11. Vereinigung des Organisations- und Wahlausschusses.

Dieser Punkt der Tagesordnung wird zurückgestellt, da die Angelegenheit inzwischen erledigt ist.

13. Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung.

Für den Organisationsausschuß berichtet Herr Dr. Kornbusch: Die von ihm entworfene Geschäftsordnung sei bei allen Mitgliedern der Versammlung rund gegangen und habe keine Bedenken ausgelöst. Nur Herr Nau habe geltend gemacht. Zum Teil wegen einer angeblichen Beschränkung der Redefreiheit, zum Teil habe er Gesichtspunkte geltend gemacht, die der Ordnung bereits berücksichtigt seien. Er empfehle daher, die Geschäftsordnung namentlich samt der Uebersicht über die Zuständigkeit der städtischen Behörden als Ganzes anzunehmen, damit endlich eine Ordnung geschaffen werde. Herr Nau beanstandet etwa 6 Punkte der Geschäftsordnung und liest seine Vorschläge vor. Im Allgemeinen will er unbeschränkte Redefreiheit für je einen Redner für und gegen einen Punkt der Tagesordnung. Er will ferner, daß Schriftstücke im weiteren Umfange vorgelesen werden dürfen. Schließlich will er auch, daß in Uebersichtsausschüsse auch Nicht-Stadtverordnete gewählt werden dürfen. Herr Dr. Kornbusch hält die Beanstandungen teils für erledigt, teils seien sie in der Ordnung berücksichtigt. Zum Teil ständen sie in der Städteordnung, brauchten also nicht mehr in die Geschäftsordnung aufgenommen zu werden. Im Uebrigen müsse aber eine gewisse Ordnung herrschen. Herr Vorsteher Abt weist darauf hin, daß die Vorschläge des Herrn Nau zum Teil nicht durchführbar seien. Bewähre sich die Geschäftsordnung nicht, könne man sie jederzeit ändern. Die Hauptsache sei, es müsse ein guter Wille vorhanden sein, im besonderen der Wille zur Ordnung. Er daher für die Annahme des Entwurfs der Änderung. Herr Dommermuth meint, die Vorschläge des Herrn Nau seien teilweise durchführbar, was Herr Nau anscheinend nicht merke. Der Entwurf wird hierauf auf Vorschlag des Organisationsausschusses im Ganzen angenommen.

14. Vertrag mit dem Leiter der Lateinschule.

Für den Finanzausschuß berichtet Herr Dommermuth: Gemäß einem früheren Beschluß der Versammlung solle ein neuer Leiter für die Lateinschule gewonnen werden; er sei gefunden worden in der Person des Oberlehrers Dr. Fischer zu Trier. Man erhoffe von dem neuen Herrn, daß er die Schule hochbringe. Um einen tüchtigen Mann aus dem Staatsdienst zu bekommen, habe man ihn geldlich etwas besser als die Staatsbeamten gestellt. Er erhalte die Vorforderung der Staatsbeamten, dazu 1000 Mk. Wohnungsgeld, also 280 Mk. mehr als die Staatsbeamten und 300 Mk. Amtszulage, also etwas weniger als die Staatsbeamten. Im Uebrigen solle in allen wesentlichen Teilen das Anstellungsverhältnis sich nach den staatlichen Grundsätzen richten. Für die Verpflichtungen des Verwaltungsrats aus dem Anstellungsvertrag müsse die Stadt die Mithaftung übernehmen, da der Verwaltungsrat keinen genügenden finanziellen Rückhalt für den neuen Rektor habe. Der Magistrat habe daher, die Mithaftung auszusprechen und er empfehle namens des Finanzausschusses diesen Antrag. Die Mithaftung wird hierauf beschlossen.

15. Anfrage des Herrn Stadtverordneten Dr. Mercken: Wann und welche Schritte gedenkt die Stadt zur Behebung der Wohnungsnot zu tun?

Herr Dr. Mercken begründet seine Anfrage damit, daß eine große Wohnungsnot hier sei. Annähernd 30 Familien hätten keine geeignete Wohnung. Er schlägt vor: 1. die Eisenbahn- und Postbehörde aufzufordern, für ihre Beamten Wohnungen zu bauen, 2. sich für die Bestrebungen der Heimkultur zu interessieren, das werde manchen anregen, sich selbst ein eigenes Heim zu schaffen. Auch Herr Kremer befragt ein Angehöriger der Behörden, auch der Steuerbehörde. Wenn hier etwa 10 Wohnungen gebaut würden, also 2—3 Doppelhäuser, dann sei die ganze Wohnungsnot behoben. Die Eisenbahnverwaltung habe bereits in Radesheim gebaut und baue jetzt in Geisenheim. Herr Bürgermeister erklärt, der Bauausschuß sei vom Magistrat beauftragt worden, Vorschläge zur Behebung der Wohnungsnot zu machen. Der Ausschuß werde aber erst in Kürze zusammentreten. Er empfehle daher, die Vorschläge abzuwarten. Im Uebrigen werde sich der Magistrat gern mit den Behörden, und zwar mit allen Behörden wegen Erbauung von Häusern in Verbindung setzen. Die Versammlung beschließt darauf, daß der Magistrat an die Behörden herantreten möge. Im Uebrigen soll der Bauausschuß demnächst berichten.

Herr Vorsteher Abt stellt hierbei den Antrag, der Magistrat möge dafür eintreten, daß die Gewerbetreibenden mehr Kohlen bekämen.

Herr Fleischer teilt als Wunsch vieler Bürger mit, daß ein städtisches Mietseignungsamt errichtet werde. Herr Bürgermeister erklärt hierzu, ein solches Amt läme voraussichtlich in Kürze, der Kreis wolle es errichten.

16. Bericht des Lebensmittelausschusses.

Für den Lebensmittelausschuß berichtet Herr Dr. Mercken: Ein Angebot auf Vinsen sei nicht verfolgt worden, weil zu teuer. Speck solle künftig ohne Karten verteilt werden bis zu drei Pfund auf den Kopf. Die kondensierte Milch soll in den Kolonialwarengeschäften verkauft werden. Die Bestimmungen über die Aufstellungen von Wiegevorrichtungen in den Geschäften möchten erneut in Erinnerung gebracht werden. Die Kontrolle in den Geschäften habe bisher Beanstandungen nicht ergeben.

17. Bewilligung von Witwengeld für Frau Dr. Josef Wahi.

Herr Vorsteher teilt mit, daß dieser Punkt verlagert sei.

Auf Vorschlag des Finanzausschusses werden auch die Punkte 18, 19, 20 und 21 in öffentlicher Sitzung behandelt, da voraussichtlich keine persönlichen Erörterungen zu erwarten sind.

18. Anrechnung auswärtiger Dienstzeit zum Ruhegehalt für den Stadtrechner Neulirch.

Für den Finanzausschuß berichtet Herr Vorsteher Abt: Das Ruhegehalts-Dienstalter des Stadtrechners Neulirch könne nach den neueren Bestimmungen der Ruhegehaltskasse um etwa drei Jahre zurückgerechnet werden. Die Anrechnung finde für 2 1/2 Jahre unentgeltlich statt, für ein weiteres halbes Jahr sei eine einmalige Zahlung von 32.22 Mark zu leisten. Diese Summe beantrage der Magistrat auf die Stadtkasse zu übernehmen. Die Versammlung tritt dem Antrage auf Befürwortung des Finanzausschusses bei.

19. Anrechnung der privatrechtlichen Dienstzeit zum Ruhegehalt für den Feldhüter Holland.

Für den Finanzausschuß berichtet Herr Dr. Kornbusch: Dem Feldhüter Holland seien bereits die aktive Militärdienstzeit nebst 2 Kriegsjahren auf das Ruhegehalts-Dienstalter angerechnet worden. Versehentlich aber noch nicht die Zeit, in der er Hilfsfeldhüter bei der Stadt gewesen sei. Diese Anrechnung beantrage nun der Magistrat. Kosten entstanden der Stadt dadurch nicht. Die Versammlung beschließt demgemäß auf Befürwortung des Finanzausschusses.

20. Erhöhung der Gebühren für den Eichmeister.

Für den Finanzausschuß berichtet Herr Vorsteher Abt: Infolge der Teuerung sei die Vergütung, die dem Eichmeister zustehe — 50 Hundertteile der Eichgebühren — unangemessen gering. Sie solle daher auf 70 Hundertteile erhöht werden, bis die Eichgebühren staatlicherseits erhöht seien. Die Versammlung tritt diesem Antrage bei.

21. Gewährung von Teuerungszulagen an die im Ruhestand befindlichen Beamten und Beamtenwitwen.

Für den Finanzausschuß berichtet Herr Vorsteher Abt: Die Lage der Beamten im Ruhestand und der Beamtenwitwen sei infolge der Teuerung überaus bedrängt. Er empfehle daher den Magistratsantrag, wonach diesen Personen vom 1. April 1919 ab eine Teuerungszulage gewährt werde und zwar 25 Hundertteile des Ruhegehalts- oder Witwengeldes, mindestens aber 100 Mark jährlich. Der Stadtschatzmeister habe eine Belastung von rund 1400 Mark jährlich. Der Antrag des Magistrats wird angenommen.

Herr Vorsteher Abt erklärt hiermit die öffentliche Sitzung für beendet und dankt den Mitgliedern für die Ruhe und die Sachlichkeit, mit der diesmal gearbeitet worden sei. Er hoffe, daß die Sitzungen auch künftig derartig verlaufen, das hebe das Ansehen der Versammlung und der Stadt.

In der nichtöffentlichen Sitzung berichtet Herr Dr. Mercken über die Beschlüsse des Lebensmittelausschusses, die sich zur Veröffentlichung noch nicht eignen.

Zu den Friedensverhandlungen.

In Erwartung der Antwort der Verbandsmächte.

Paris, 11. Juni. Der 13. Juni wird als Tag der Uebergabe der Antwort der alliierten und assoziierten Mächte auf die deutschen Gegenvorschläge angesehen.

Die Haltung Deutschlands.

Berlin, 13. Juni. Die konservativen und einige liberale Blätter versichern einhellig, daß keine deutsche Regierung ein Dokument unterzeichnen würde, das den Zusammenbruch der deutschen Nation herbeiführen würde.

Deutschland und der „Völkerbund“.

Rotterdam, 12. Juni. New-York Sun

meldet aus Paris, Clemenceau weigere sich kurz und bündig, seine Zustimmung dazu zu geben, daß Deutschland in den Völkerbund aufgenommen werde.

Wilson über die Notwendigkeit eines baldigen Friedens.

Berlin, 12. Juni. Aus Amsterdam wird gemeldet: „Daily News“ berichten aus Paris, Präsident Wilson sei tief von der Notwendigkeit durchdrungen, daß die Unterzeichnung des Friedens möglichst bald zustande komme.

Das Schicksal der deutschen Kolonien.

Berlin, 11. Juni. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Ausländische Blätter beschäftigen sich neuerdings wieder lebhaft mit der von der Entente geplanten Regelung der kolonialen Fragen. U. a. wird behauptet, die Entente beabsichtige zwar, Deutschland seinen gesamten Kolonialbesitz zu nehmen, seinen Wert aber bei der Festsetzung der Entschädigungssumme nirgendwie zu berücksichtigen. Demgegenüber kann nur immer wieder der feste Entschluß der deutschen Regierung betont werden, auf dem bereits des öfteren dargelegten Standpunkt, der dem Punkt 5 der Wilsonschen Januar-Ausgebung entspricht, zu beharren. Danach kann Deutschland auf seine Kolonien weder verzichten, noch sie verschachern. In bezug auf seine Kolonien verlangt es nichts weiter als sein gutes Recht. Die Kolonien sind für das deutsche Volk eine Existenzfrage, da es ohne Kolonien nicht möglich ist, dem überschüssigen Bevölkerungs- und Arbeits- und Ansiedelungsgelegenheit zu bieten, andererseits die Kräfte seines Bevölkerungsüberschusses der deutschen Wirtschaft nutzbar zu machen. Die Regierung kann auch dem deutschen Volk nicht zumuten, einen Friedensvertrag anzuerkennen, der es als nicht würdig und fähig behandelt, weiterhin an der Kulturarbeit der weißen Rasse in Südafrika und der Südsee teilzunehmen.

Paris, 12. Juni. Wie verlautet, werden die Alliierten das Ersuchen Deutschlands, das Mandat über seine früheren Kolonien zu behalten, ablehnen.

Die deutsch-österreichischen Kriegsgefangenen.

St. Germain, 11. Juni. Nach einer Meldung des Wiener Korrespondenzbureaus beschied der Präsident der Gefangenenkommission auf der Friedenskonferenz die der Kommission von General Slatin vorgetragenen Bitten, betreffend schnelle Heimkehr aller deutsch-österreichischen Gefangenen und die Entsendung von Delegationen zu den Gefangenen, abschlägig. Die Heimbeförderung und die Entsendung von Delegationen seien vor der Unterzeichnung des Friedens unmöglich.

Politische Uebersicht.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 13. Juni. Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung ist auf Montag, den 16. Juni, vormittags 10 Uhr, nach Weimar einberufen worden.

In Weimar.

Weimar, 13. Juni. Außer dem Reichspräsidenten Ebert sind Ministerpräsident Dirsch, sowie die Minister Stegerwald, Dernburg und Bell hier eingetroffen.

In Weimar fällt die Entscheidung.

Weimar, 13. Juni. Nachdem der ganze Regierungsapparat nach Weimar übergesiedelt ist, steht es fest, daß die entscheidende Sitzung der Nationalversammlung über die Friedensfrage in Weimar stattfindet. Man rechnet in Regierungskreisen mit einer, höchstens zwei Sitzungen.

Offiziere aus dem Mannschaftsstand.

Aus Berlin, 10. Juni, wird gemeldet: Die Regierung besetzte eine Anzahl der Leutnants-

stellen mit Unteroffizieren. Die erste größere Rate von Unteroffizieren wurde dieser Tage zu Leutnants befördert. Es sind dies alles erprobte Männer, die im Kampfe in vorderster Linie gekämpft und treu der Regierung beigestanden waren, als schwere Erschütterungen den Bestand des Reiches erschüttert haben. Der Reichswehrminister sprach den beförderten Personen seine Glückwünsche aus und gab der Freude Ausdruck, daß endlich das Ziel, für das er Jahrzehnte lang gekämpft habe, verwirklicht sei: die Ueberbrückung der Kluft zwischen Mannschaft, Unteroffizieren und Offizieren. In einer längeren Ansprache wies der Reichswehrminister die Neubeförderten auf ihre Aufgabe hin, besonders darauf hinzuwirken, daß das Band starken Vertrauens, das die Reichswehr, die Unteroffiziere, die Mannschaften, ihre Offiziere und ihn umschlingt, noch fester werde. Eindringlich wurden den Neubeförderten ihre Pflichten ans Herz gelegt, die ihnen durch die Beförderung zu Offizieren erwachsen. Durch großen Eifer, Umsicht und Klugheit stets zu beweisen, daß nur wirkliche Tüchtigkeit zu wahren Führern werden läßt.

Verschiedenes.

* Eltville, 13. Juni. (Der Gaser ist frei.) Wie aus Berlin berichtet wird, hat das Reichsernährungsamt die Zwangsbewirtschaftung des Gases aufgehoben. Dagegen soll die Geste vorläufig weiter bewirtschaftet werden, wenigstens bis die Ernteergebnisse überschaut werden können.

* Schierstein, 12. Juni. (Beim Baden ertrunken.) Auf bedauerliche Weise hat am Dienstagmittag ein junger Mann namens Karl Laug sein Leben eingebüßt, indem er beim Baden im Hafen im Wasser verschwand und nicht mehr zum Vorschein kam. Der Ertrunkene ist der Sohn des Töpfers Friedrich Laug in Dohheim.

* Mainz, 11. Juni. Mehrere Personen wurden in Rombach dabei betroffen, als sie von einem Güterwagen die Plomben lösten. Sie

wurden verfolgt, im Felde gelang es, sie festzunehmen. Der eine hatte ein Paket mit Zigarren und Kernseife.

* Darmstadt, 10. Juni. (Beim Plündern erschossen.) In Reinheim i. D. wurde in der Nacht zum Sonntag der auf Posten stehende Wachmann Ludwig Borger aus Ueberau erschossen, als er einen auf dem Bahnhof stehenden Güterwagen mit Leder, den er gewaltsam geöffnet hatte, plündern wollte. Der Schütze ist der dortige Bahnbeamte, der Nachtdienst hatte und mit einem Revolver bewaffnet, Geräusch hörte und, als er auf Anrufen keine Antwort bekam, auf den Einbrecher schoß. Der Beamte, Diehr mit Namen, wurde vorläufig in Haft genommen.

* Büchenbeuren, (Gunsrück), 7. Juni. In der Nacht zum Freitag wurde der Apotheker Hartmann in Rhaden nachts herausgeklügelt und in der Apotheke dann von zwei Kerlen niedergeschlagen und getötet. Beim Ausrauben der Wohnung schlugen die Raubmörder auch die 18jährige Tochter nieder, die bei dem Geräusch nach dem Rechten sehen wollte. Die Tochter hat sich wieder erholt und konnte nähere Angaben machen, die vielleicht zur Ergreifung der Täter dienen.

Mannheim, 12. Juni. (Die erste Depesche.) Bei einer Mannheimer Getreidefirma traf die erste direkte Depesche aus Amerika ein, und zwar von einem der bedeutendsten Chicagoer Malzausfuhrlhäuser.

Würzburg, 12. Juni. Nach viertägiger Verhandlung wurde gestern nacht 10.45 Uhr das Urteil in dem Hochverratsprozeß gegen Weibel, Sauber und Hagemeister, welche anfangs April den Räteputsch in Würzburg geführt hatten, vor dem Würzburger Standgericht verkündet. Es werden verurteilt: Weibel zu 15 Jahren Festung, Sauber zu 12 Jahren Festung und Hagemeister zu 10 Jahren Festung. Der Staatsanwalt hatte für alle drei Angeklagten die Todesstrafe beantragt.

Köln, 12. Juni. Heute Donnerstag mittag wurde durch einen Festakt im Gürzenich die wiedererrichtete Kölner Universität eröffnet. Der Oberbürgermeister hielt eine

längere Ansprache, in der er einen Rückblick auf die alte Universität warf, die nächst der Heidelberger, die älteste Universität Deutschlands sei. Nun sei nach 1000jährigem Schlummer die Universität zu neuem Leben erwacht.

Prenzlau, 10. Juni. Im hiesigen Krankenhaus ist an den Folgen einer Operation der Großadmiral von Holzhendorf gestorben. Der Verstorbene bekleidete während des Krieges das Amt des Chefs des Admiralstabes der Marine bis zum 1. August 1918.

Reg., 12. Juni. Die Fronleichnamsprozession, welche zum letzten Male 1874 in den Straßen der Stadt Reg. stattgefunden hat, wird am Sonntag, 22. Juni, wieder in Reg. abgehalten.

Rotterdam, 12. Juni. Der „Rotterd. Courant“ meldet, daß in Brüssel eine Belamachung angeschlagen wurde, in der der frühere Kommandant von Tournai, General Dopper, der frühere Kronprinz von Bayern und der frühere deutsche Kaiser für den 14. Oktober 1919, 9 Uhr morgens, vor die 8. Kammer des Berufungsgerichts in Brüssel geladen werden, um sich für die Verbrechen, die in ihrem Namen während der Besetzung begangen wurden, zu verantworten.

Katholische Kirche, Eltville.

Dreifaltigkeits-Sonntag, 15. Juni.

6.30 Frühmesse, 8.45 hl. Messe.
10 Uhr Hochamt (Salzweib).
2 Uhr Christenlehre und Andacht.

Fronleichnamsfest, 19. Juni.

6 Uhr Frühmesse, 7 Uhr hl. Messe.
8 Uhr Hochamt und Prozession.
2.30 Uhr sakramental. Bruderschaft.

An Werktagen.

5.30 Frühmesse, 6.15 Pfarrmesse.
7 Uhr Schulmesse (von Dienstag ab). 7.30 hl. Messe.
Von Freitag ab sind abends 8 Uhr sakramental. Andachten, morgens Engelämter.
Mittwoch nachmittag 5 Uhr Beichtstuhl.

Sonntag, 15. Juni. Gemeinschaftliche Kommunion des Marienvereins.

Verantwortlich: Robert Etienne, Eltville.

Heugras-Versteigerung.

Dienstag, den 17. Juni,

läßt der Unterzeichnete den Heu-Ertrag von 10 Morgen Wiesen in den Distrikten „Tiergarten“ und „Neuwiesen“ in Abteilungen öffentlich, meistbietend versteigern.

Zusammenkunft: 9 Uhr vormittags am „Alten Forsthaus“.

Anton Beckmann, Eltville.

Thomasmehl,

Kulturak, Kalkonit

zu haben bei

H. Kett, Eltville.

Ia. Zucker-Linsen

per Pfund Mk. 2,65.

Zu haben bei

Anton Holland, Eltville.

Gutenbergstrasse.

BUTTER

per Pfund Mk. 14.50,

EIER, per Stück Mk. 1.25,

ferner alle Sorten

frisches Gemüse und Obst

zu billigsten Tagespreisen

empfiehlt

Heinrich Breß,
Eltville.

Färberei

und Chem. Reinigungsanstalt

von

Karl Döring, Wiesbaden

Fabrik: Drudenstrasse 5 — Laden: Weissenburgstr. 12

Telephon 6149

Färben, reinigen, dekatieren, appretieren, imprägnieren usw.

sämtlicher Herren- u. Damengarderoben

— Muster-Färberei —

Gardinen-Neuwäscherei und -Spannerei
Prompte Bedienung. Solide Preise.

Trauersachen in 3—4 Tagen

Färben sämtl. vom Militär freigegebenen Stoffe

Annahmestelle für Eltville u. Umgebung:

Hermann Ottensmann, Friedrichstrasse 24

Wohnung

von 2—3 Zimmern und Küche sucht jung. verh. Ehepaar.

Off. unt. K. H. 260
a. d. Exped. d. Bl.

Kaufe jedes Quantum

Obst

zu höchsten Preisen.

Ang. unt. H. K. 270
a. d. Exped. d. Bl.

Kaufe
alte Geigen,
Gitarren, Cellos,

defekte oder neue,
zu den höchsten Preisen.

Lampert, Biebrich,
Rheinstr. 20, im Hofe.

Zuverlässige
Zeitungsträger
sucht

Druckerei der
„Eltviller Nachrichten“

Gebrauchte Waschmaschine

sehr preisw. abzugeben.
Schwalbacherstr. 53 p.

Ein schöner Suchthahn

1 Jahr alt, zu verl.
Näh. i. d. Exped. d. Bl.

Guterhaltener Kleiderständer

zu verkaufen.
Näh. i. d. Exped. d. Bl.

Husten, Atemnot, Verschleimung

Schreibe allen Leidenden gerne umsonst, was mit ich mich von meinem schweren Leiden selbst befreit.

Heinrich Deicke.

Wackersleben,
Provinz Sachsen.

Auch bei Hautjucken, Flechten, Krätze, offenen Beimgeschwüren, Geruch umsonst Auskunft.

Rückmarke erwünscht.